

**KPD und SPD in Gera
auf dem Weg zur SED**

1945 - 1946

Walter Hande

Gera 1996
durchgesehen und gekürzt 2016

AG Geschichte beim Stadtvorstand Gera der PDS
neu formatiert von Hartmut Dressel 2016

Mit dem Zusammenbruch der DDR und dem Ende der SED geriet auch die Geburt dieser Partei 1946 unter Anklage. War die SED eine Missgeburt, entstanden aus dem Diktat der allmächtigen Sowjetunion?

Es wird bis heute gestritten, und es wird weiter gestritten werden.

Das Wort von der „Zwangsvereinigung“ - gleich 1946 entstanden - bewährt sich im politischen Kampf. Genauso heftig wird widersprochen. Der Streit widerspiegelt die jeweilige persönlich empfundene Wahrheit, die damalige Suche nach einem Weg in eine bessere Zukunft, Glaube und Irrtümer, Zwänge und Illusionen.

Zweifel sind angebracht, wenn der Streit sich auf eine gegenseitige Negierung des anderen Standpunktes beschränkt. Die komplizierte Situation in diesem entscheidenden Zeitabschnitt deutscher Geschichte wird damit nicht erfasst.

Es ist nicht Aufgabe dieser Darstellung, auf alle Probleme der Geburt der SED einzugehen. Wir beschränken uns eindeutig auf den Raum Gera. Allerdings werden Ereignisse einbezogen, die sich vor allem in Thüringen abspielten und deren Ausblendung das Verständnis erschweren würde. Probleme außerhalb Thüringens und in anderen Zonen Deutschlands wurden nicht in die Darstellung einbezogen. Insofern ergibt sich ein begrenzter Blickwinkel, aber eben ein Überblick über ein Detail, welches erst ein Gesamtbild möglich macht.

1945 - Eine Stunde Null in Gera?

Frühjahr 1945 in Gera

Noch vor dem Einmarsch der Amerikaner treffen in Gera Mitglieder von SPD, KPD und KPO zusammen und bereiten sich auf die Zeit nach der Befreiung vor.

14.04.1945 Einmarsch der amerikanischen Truppen in Gera

Wie an anderen Orten und auf anderen Gebieten konnten und mussten die Männer und Frauen, die aktiv in das Geschehen in der Stadt Gera 1945 eingriffen, an Vergangenes anknüpfen.

Die letzten Stadtratwahlen vom 04.12.1932, kurz vor der faschistischen Diktatur, zeigten den starken Einfluss linker Kräfte in Gera.

17.142 Stimmen vereinigte die SPD auf sich; 6.464 Stimmen die KPD und 1.403 die KPO. Neun und drei Abgeordneten der SPD und der KPD standen jedoch sieben Sitze der NSDAP (13.804 Stimmen) und sechs Sitze bürgerlicher Parteien bzw. Gruppen (11.087 Stimmen) gegenüber. Ähnliche Stimmenverhältnisse gab es zu den Reichstagswahlen in Gera im Jahre 1932.

Im März 1933 entschlossen sich Geraer Arbeiter angesichts des faschistischen Terrors, mit außerparlamentarischen Aktionen gegen die drohende Gefahr gemeinsam vorzugehen. Die Kapitulation der SPD-Führung verhinderte jede geplante Massenaktion.

Noch im Mai 1933 treffen sich SPD, KPD und Gewerkschaftsmitglieder zur gemeinsamen Beratung. Die Annäherung zwischen SPD- und KPD-Mitgliedern setzt sich während der Zeit des Faschismus in der Illegalität, in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern fort. Die Zeit um 1945 und der beginnende Aufbau einer neuen Ordnung findet Sozialdemokraten und Kommunisten in Gera deshalb auf vielen gemeinsamen Positionen.

Bemerkenswert für unser Thema ist das Verhalten der Jungmarxisten Fritz Roth, Ernst Küspert, Willi Schneider und Erich Rudolph. Sie sitzen am 10.05.45 mit Genossen der KPD zusammen und wollen die SPD nicht wiedergründen... "um den Bruderkampf zu beenden".¹

In diesen Tagen ist der Zusammenbruch und Bankrott des faschistischen Regimes für alle deutlich sichtbar und persönlich erlebbar. Wer überlebt hat, ist froh, und die Mehrheit kümmert sich zunächst darum, weiter am Leben zu bleiben. Die Zahl derjenigen, die sofort über die persönlichen Bedürfnisse hinausblicken, ist klein.

1 125 Jahre Geraer Sozialdemokratie - 1869-1994. - Gera, o.J.. - S. 37 - 43

In der Stadt Gera notiert man die Zerstörungen und Wunden.

1901 Wohnungen sind zerstört oder beschädigt.

548 Männer, Frauen und Kinder starben bei Bombenangriffen.

2632 Geraer fielen als Soldaten an den Fronten.

Mit 20.000 Flüchtlingen ist die Stadt überbevölkert. Die täglichen Fragen der Versorgung sind kompliziert. Die Zukunft ist ungewiss.

Die SPD will die sofortige Einheit. Die „Einheitspartei“ in Gera

12.04.1945 Die Thüringer Leitung der KPD wird im befreiten KZ Buchenwald gebildet.

13.04.1945 Befreite Sozialdemokraten aus 5 Ländern Europas beschließen unter Federführung von Dr. Brill das Dokument "Manifest demokratischer Sozialisten" im KZ Buchenwald. Es orientiert unter anderem auf eine einheitliche Arbeiterpartei.

18.04.1945 Im Vereinshof in Gera treffen sich ca. 20 Mitglieder von SPD, KPD und KPO und beraten gemeinsam. Das antifaschistische Komitee hat seine Arbeit begonnen.

22.04.1945 Entschließung der Aktivtagung der KPD im KZ Buchenwald. Die Aktionseinheit mit der SPD wird gefordert.

10.05.1945 Konstituierung der Unterbezirksleitung Gera der KPD und des Ortsvorstandes.

11.06.1945 Aufruf der KPD in Berlin. Die KPD orientiert darin unter anderem auf einen Block der antifaschistischen Parteien (KPD, SPD, des Zentrums und anderer).

15.06.1945 Aufruf des Zentralausschusses (ZA) der SPD in Berlin: "Wir wollen vor allem den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen."

19.06. 1945 Funktionäre der KPD und SPD beraten in Berlin. Die SPD will die sofortige organisatorische Einheit. Beide Seiten vereinbaren einen zentralen Arbeitsausschuss und eine Aktionsvereinbarung

02.07.1945 Einmarsch der Roten Armee in Gera

07. und 08.07.1945 Der "Bund demokratischer Sozialisten" konstituiert sich unter Dr. Brill in Weimar.

14.07.1945 Mitglieder der KPD und der SPD beraten in Gera gemeinsam über Erklärungen ihrer Parteiführungen vom 11.06.45 und vom 15.06.45. Etwa 130 Teilnehmer beschließen mit Mehrheit, als einzige Partei die KPD wieder entstehen zu lassen.

15.07.1945 Sozialdemokraten in Gera wenden sich an die KPD, um die SPD in Gera wieder entstehen zu lassen.

20.07.1945 KPD und SPD in Gera vereinbaren gemeinsame Arbeit.

28.07.1945 Kundgebung der Parteien in Gera. Das gemeinsame Programm von KPD und SPD wird vorgestellt.

Der Gedanke einer einheitlichen Arbeiterpartei entstand nicht erst 1945. Faschismus und Krieg setzten 1945 neue Maßstäbe für die verschiedenen Kräfte der Arbeiterbewegung in Deutschland, ihre Standpunkte zu vertreten.

Die Sozialdemokraten, die am 13.04.1945 im befreiten KZ Buchenwald zusammentreten und das Manifest demokratischer Sozialisten beschließen, sind für eine schnelle Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten in einer einheitlichen Partei.

Zurückhaltend agieren die Kommunisten. Die Entschliebung der Aktivtagung im KZ Buchenwald spricht lediglich von der notwendigen Aktionseinheit mit der SPD. Beide Seiten befinden sich damit auf der Linie ihrer zentralen Leitungen in Berlin, die später ihre Standpunkte formulieren.

Die Führung der KPD orientierte bekanntlich am 11.06.45 auf die Schaffung eines Blocks der antifaschistischen Parteien (KPD, SPD, Zentrum und anderer Parteien) und der Zentralausschuss der SPD am 15.06.45 auf die unmittelbare Herstellung der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse.

KPD-Mitglieder und Teile der SPD-Mitglieder versuchen in Gera eine andere Antwort zu finden. Ein Kreis von ca. 130 Mitgliedern beider Parteien hat inzwischen am 14.07.45 von den zentralen Dokumenten ihrer Parteien Kenntnis genommen. Sie beschließen mit Mehrheit, als einzige Partei die KPD in Gera wieder entstehen zu lassen und setzen sich damit bewusst in Gegensatz zu beiden Parteiführungen.

Unterschiedliche Handlungen und Auffassungen haben ihre Gründe. Hier kann lediglich der Versuch einer Deutung unternommen werden. Im Hinblick auf den Kampf gegen die Nazidiktatur hieß es bereits 1934 im Prager Manifest der Sozialdemokraten:

"Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist. ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt." ²

Zweifellos wirkten die hier zitierten Faktoren auch nach der Niederlage des Faschismus noch längere Zeit fort. Aber in den Hintergrund getretene Gegensätze wirken trotzdem weiter, und in einer

² Kleine Geschichte der SPD / Müller; Potthoff. - Bonn: Dietz Nachf., 1991. - 7. Aufl., S. 151 ff.

veränderten Situation, die nach der Befreiung entstand, konnten sie erneut ihre alte Bedeutung erhalten.

Der Übertritt von Mitgliedern der SPD zur KPD in Gera beschränkte sich nicht auf Funktionäre. Im Ortsteil Roschütz dominierte vor 1933 eine starke sozialdemokratische Gruppe. Es kam 1945 nicht wieder zur Gründung einer Ortsgruppe der SPD.

Erst als im Frühjahr 1946 die Vereinigung von SPD und KPD beschlossene Sache ist, wird symbolisch eine Ortsgruppe der SPD gegründet, und auch hier die Vereinigung mit der KPD vollziehen zu können.³

Der in Gera formulierte Anspruch vom 14.07.45 musste nach Lage der Dinge auf Widerstand stoßen. Die zur KPD übergetretenen Sozialdemokraten repräsentierten nur einen Teil der zukünftigen Mitgliedschaft der SPD in Gera. Insbesondere die inzwischen in Weimar aktiv gewordenen Sozialdemokraten unter Dr. Hermann Brill machten deutlich, dass es nicht um einen einfachen Übertritt zur KPD gehen konnte.

Der "Bund demokratischer Sozialisten" konstituierte sich am 07. und 08.07.45 in Weimar. Etwa 250 Teilnehmer aus Thüringen⁴) bildeten die Linie Hermann Brills, der am 10.07.45 an die Bezirksleitung der KPD Thüringens die Aufforderung richtete: "Wir halten es für die wichtigste Frage, dass alsbald konkret auf eine völlige Verschmelzung der sozialistischen Arbeiterbewegung hingearbeitet wird." (siehe Anlage 1)

Die Wahl der Bezeichnung, "Bund demokratischer Sozialisten" bedeutete eine Abgrenzung von der bisherigen Politik der SPD. Zweifellos hat Hermann Brill mit seinem Bestreben, eine andere Politik bei den Sozialdemokraten durchzusetzen, den Nerv vieler Mitglieder getroffen. So gab es aus der Zeit des Widerstandes persönliche Verbindungen nach Gera, zu dem später zum Professor ernannten Otto Jenssen. Beide hatten gemeinsame Erfahrungen in der Gruppe "Neu Beginnen" gesammelt.

Bereits in dieser Zeit geriet Hermann Brill in eine oppositionelle Haltung zur Linie der Parteiführung. Zweifellos hatte Hermann Brill weder 1933 noch 1945 Ambitionen, Positionen der KPD zu beziehen. So bezeichnete er in seiner Rede in Weimar, zur Konstituierung des "Bundes demokratischer Sozialisten", die Sowjetunion nicht als sozialistisch, England und Amerika nicht als eindeutig imperialistisch. Wenn Brill eine einheitliche Arbeiterpartei anstrebte, so sollte sie in ihren politischen Aussagen seinen Ansichten entsprechen.

³ Erinnerungen von Paul Schaller, Historisches und Selbsterlebtes; Manuskript Privatarchiv Hans Leucht, Gera

⁴ Aus Gera nahm u.a. Otto Jenssen teil.

Im Band IV der Geschichte der SED Gera-Stadt, und auch in anderen Dokumenten, existieren keine exakten Angaben, wie es denn schließlich zur Gründung der Ortsgruppe Gera der SPD kam.

Am 07. und 08.07.45 waren in Weimar auch Vertreter der zukünftigen Parteiorganisation der SPD von Gera, u. a. Otto Jenssen, beteiligt, der in das Ehrenpräsidium gewählt wurde. Eine Konstituierung eines Leitungsgremiums bis zum 08.09.45 (der ersten Mitgliederversammlung) wird nicht erwähnt.

Ein Schriftstück vom 15.07.45 könne diese Lücke schließen. Die Verfasser wenden sich an die Genossen der KPD Gera mit der Aussage, dass: die SPD-Mitglieder die Versammlung vom 14.07.45 in der Erwartung besucht hätten, dass der ehrliche Wille zur Zusammenarbeit unter vollster Anerkennung des Rechtes auf Selbständigkeit der SPD in Gera auch bei den Funktionären der KPD vorhanden ist. Das wurde missdeutet und durch die Annahme einer Entschließung besteht die Gefahr, dass eine sogenannte SPD in Gera von Leuten gegründet wird, die nicht das geringste Recht dazu hatten und die keine Garantie für eine Zusammenarbeit mit Euch bieten können. ⁵

Mit dem 20.07.1945 enden die zum Teil spontanen Aktivitäten zur Herstellung einer einheitlichen Arbeiterpartei in Gera. Vertreter von KPD und SPD vereinbaren die gemeinsame Arbeit. Am 28.07.45 tritt auf einer Kundgebung des antifaschistischen Komitees, neben dem Vertreter der KPD Max Keppel, auch Max Fuchs für die SPD auf. Weitere Redner: Fritz Gießner, Dr. Mulert und Paul Richter. Mit dem Einmarsch der Roten Armee in Thüringen (Gera ab 02.07.45) kann die zentrale Leitung der KPD unmittelbar Einfluss auf die territorialen Parteiorganisationen nehmen.

Bereits am 04.07.45 spricht Walter Ulbricht auf einer Beratung mit Funktionären seiner Partei aus Thüringen. Tagesordnungspunkte sind: Aufbau der KPD, Zusammenarbeit mit der SPD und im antifaschistisch-demokratischen Block. Am 05.07.1945 wendet sich die Bezirksleitung Thüringen der KPD an den Bund demokratischer Sozialisten, um zu festen Aktionsvereinbarungen zu kommen, die schließlich am 09.07.1945 auch getroffen werden.

Es bleibt festzuhalten: Bis Juni bzw. Juli 1945 tritt die zentrale Leitung der SPD in Berlin und die Landesleitung unter Dr. Brill für die sofortige Herstellung einer einheitlichen Partei ein. Die Führung der KPD in Berlin und Thüringen fordert lediglich die Herstellung der Aktionseinheit.

In Gera scheitert der Versuch von Kommunisten und eines Teiles der Sozialdemokraten, die KPD selbst als Einheitspartei zu formieren.

⁵ Offensichtlich ein Entwurf oder Zweitexemplar eines Schreibens an die KPD (siehe Anlage 2), Privatarchiv Karl Finken, Gera

Die Führung der KPD fordert die Einheitspartei

30.07.1945 Der Landesvorstand der Demokratischen Sozialisten schließt sich dem Aufruf des Zentrallausschusses der SPD vom **15.06.1945** an und macht die Vereinbarung vom 19.06.1945 zwischen KPD und SPD in Berlin zur Grundlage des Handelns. Die Eigenständigkeit des Bundes demokratischer Sozialisten ist beendet. Die SMATh ⁶ verweigerte dem Bund - mit Hinweis auf den Zentrallausschuss der SPD in Berlin - ihre Zustimmung

08.08.1945 Die Landesverbände der KPD und der SPD Thüringens verabschieden eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit. Ein gemeinsamer Arbeitsausschuss von je 6 Vertretern wird gebildet.

11.08.1945 Landeskonzferenz der SPD Thüringens

22.08.1945 Der Streit in Gera zwischen KPD und den anderen Blockparteien um die Besetzung des Postens des Oberbürgermeisters beginnt.

September 1945 - Beginn der Bodenreform in der sowjetisch besetzten Zone

Dr. Schumacher beginnt von Hannover aus, den Einfluss des Zentrallausschusses der SPD in Berlin abzuwehren, wendet sich gegen die Bestrebungen, eine einheitliche Partei zu bilden und übernimmt die Führung für die Westzonen.

06.09.1945 Der Ortsverein der SPD Gera greift die KPD in Gera wegen seiner Ausschaltung in wichtigen kommunalpolitischen Fragen an.

08.09.1945 Die erste Mitgliederversammlung der SPD in Gera wählt die Ortsvereinsleitung Am 09.09.1945 folgt die Kreisvereinskonferenz.

01.10.1945 Funktionäre der KPD und SPD (unter ihnen Otto Jenssen) schulen in Gera die Neulehrer.

14.10.1945 Wilhelm Pieck spricht in Erfurt und greift die Gegner einer einheitlichen Arbeiterpartei an, die er bei den rechten Führern der SPD sieht. Anton Ackermann, KPD, tritt in Gera auf und spricht zu Fragen der Einheit der Arbeiterparteien.

22.10.1945 Ende des Streites um den Posten des Oberbürgermeisters in Gera. Dr. Bloch, parteilos, wird berufen.

06.11.1945 Hermann Brill sendet ein Rundschreiben an die Ortsverbände und greift massiv die KPD an. Er bezieht sich auf die Rede von Pieck.

07.11.1945 Gemeinsame Revolutionsfeier von KPD und SPD in Gera.

09.11.1945 Otto Grotewohl rückt die Einheit der Parteien in die weitere Ferne. Eine gemeinsame Revolutionsfeier von KPD und SPD in Berlin scheitert am Widerstand des Zentrallausschusses der SPD.

⁶ Sowjetische Militär-Administration in Thüringen

26.11.1945 Der Landesvorstand Thüringen der SPD tagt mit den Kreisvor- sitzenden. Hermann Brill wendet sich gegen den Führungsanspruch der KPD. Die Mehrzahl der Funktionäre äußert sich - in ähnlichem Sinne (so auch Max Fuchs aus Gera). Differenzen zwischen Brill und Hoffmann.

20./21.12.1945 Gemeinsame Konferenz von KPD und SPD in Berlin; erste "60er Konferenz". Trotz Vorbehalten erfolgen konkrete Festlegungen zur künftigen Einheit.

Ende Dezember 1945 - Dr. Hermann Brill verlässt Thüringen.

Nach Juli 1945 sind keinerlei Sonderwege (abseits der Direktiven der Parteizentralen in Berlin) für die Thüringer und die Geraer Mitglieder mehr möglich.

Die SMATH zwingt den Landesvorstand des Bundes demokratischer Sozialisten unter Hermann Brill zur Anerkennung des Zentralausschusses der SPD in Berlin und die Bezeichnung "Bund demokratischer Sozialisten" verschwindet.

An der Basis in Gera hat es dazu offensichtlich keine Probleme gegeben. Mit der Anerkennung der Beschlüsse des Zentralausschusses ergibt sich ein Ende des Versuches von Dr. Hermann Brill, eine eigenständige politische Linie durchzusetzen. Das Manifest des Bundes wird offiziell als historisches Dokument bezeichnet.

Bereits am 16.07.1945 hatte die SMATH den bisherigen Regierungspräsidenten Dr. Brill (eingesetzt durch die amerikanische Besatzungsmacht) durch Dr. Rudolf Paul, parteilos, aus Gera, ersetzt. Brills Abneigung gegen die sowjetische Besatzungsmacht war zu offensichtlich, und alte Kontroversen mit der KPD aus der Zeit vor 1933 spielen eine Rolle. ⁷

Die SPD verlor damit in Thüringen eine wichtige Position.

In Gera bestehen nun Parteiorganisationen der KPD und der SPD. Die taktische Linie der KPD-Führung hat sich durchgesetzt. Die Zusammenarbeit beider Parteiorganisationen wird organisiert. Die KPD, besetzt mit Fritz Gießner als Bürgermeister, Paul Richter im FDGB und in der Polizei wichtige Schlüsselpositionen in der Stadt. Das Arbeitsamt wird von der SPD mit Willi Schneider besetzt.

Die erste Vereinbarung zur Zusammenarbeit von Anfang Juli 1945 wird in Thüringen durch eine Vereinbarung vom 08.08.1945 ergänzt. Ein gemeinsamer Arbeitsausschuss wird gebildet. Nach Overesch ⁸ verschärften sich, trotz der Vereinbarung, in Thüringen die Gegensätze zwischen beiden Parteien beträchtlich. Kontroversen zwischen der SMATH und Brill, bis hin zur zeitweiligen Festnahme, immer

⁷ Hermann Brill, ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht / Overesch. - Verlag JHW, Dietz-Nachf

⁸ ebenda

stärkere Differenzen zwischen Brill und der Landesleitung der KPD kennzeichnen die Situation.

Der sowjetische Weg ist für Brill nicht akzeptabel. Im Oktober 1945 wird mit der KPD eine gemeinsame Tagung durchgeführt. Dr. Schneider, KPD, spricht zur Bodenreform. Dr. Brill zu Fragen der Demokratie. Ganz offensichtlich, ein Thema, welches Dr. Brill gestattet, seine gegensätzlichen Auffassungen zur KPD genau zu formulieren.

Nach Overesch entwickelte er in dieser Rede ein antikommunistisches Programm, rückte von seiner bisherigen Forderung - Sozialismus als Tagesaufgabe - ab und entwickelte Vorstellungen einer parlamentarischen Demokratie nach englischem Vorbild. Ungeachtet dieser Differenzen gibt es jedoch Vorhaben, die gemeinsame Anstrengungen erfordern und von vielen Mitgliedern der beiden Parteien praktisch realisiert werden. Die Bodenreform ist gemeinsames Ziel beider Parteien. Im Kreis Gera arbeiten 32 Kommunisten, 28 Sozialdemokraten, 2 LPD-Mitglieder und 619 Parteilose in der Bodenreformkommission.

Der Landrat Drechsler, ein alter Sozialdemokrat, wird Leiter der Kreiskommission für Bodenreform.

Hermann Brill will noch über den festgelegten Rahmen der Reform hinausgehen. Er fordert, 19.000 Hektar Land der evangelischen Kirche ebenfalls zu enteignen, um den Einfluss der Kirche zu verringern.

Praktische Arbeit leisten die Mitglieder beider Parteien auch bei der beginnenden Schulreform. Hermann Brill fordert den vollkommenen Wandel der höheren Schule und der Universitäten. In Gera macht sich vor allem Otto Jenssen (SPD) um die Ausbildung der Neulehrer verdient.

Gleichzeitig werden in dieser Zeit die Parteiorganisationen beider Parteien weiter ausgebaut. Die SPD hat Anfang November 1.541 Mitglieder. Die KPD zählt um diese Zeit 1.450 Mitglieder in Gera.⁹ Differenzen und Streit ergeben sich in Gera aber genauso wie auf Landesebene. So streitet man seit Ende August um den Posten des Oberbürgermeisters der Stadt Gera.

Die Demokratische Partei (später LDP), die CDU und die SPD entscheiden sich am 22.08.1945 für den parteilosen Dr. Bloch.

Die KPD will diese Position mit ihrem Kandidaten besetzen. Am 06.09.1945 schreibt deshalb der Ortsverein der SPD (Fuchs und Meyer) an die Ortsgruppe der KPD:

„Grundsätzlich möchten wir bemerken, so wie bisher alle wichtigen

⁹ Mit uns zieht die neue Zeit : Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera-Stadt der SED. - Gera, 1975. S. 25

kommunalpolitischen Fragen unter Ausschaltung von Vertretern der SPD erledigt wurden, so auch die Vorarbeiten zur Besetzung des Oberbürgermeisterpostens.“¹⁰

Der Vorwurf von seiten der KPD, man habe die Vereinbarung vom 20.07.1945 mit der KPD gebrochen, wird zurückgewiesen.

Am 13.09.1945 teilt die KPD mit, dass ein Dr. Hübler zum Oberbürgermeister ernannt und vom sowjetischen Kommandanten bestätigt sei. Das führt am 14.09.1945 zum schriftlichen Protest von DP und CDU, die auf den „lebhaften Kampf um diese Schlüsselstellung“ verweisen und das zum Anlass nehmen, gleichzeitig von einer „tiefen Beunruhigung“ über die beabsichtigte Agrarreform zu sprechen. [Schriftverkehr im Privatarchiv Karl Finken, Gera]

Gegen den Widerstand der drei Partner im Block der antifaschistischen Parteien kann die KPD sich nicht durchsetzen. Demokratische Grundsätze wären zu offensichtlich verletzt worden. Auch die sowjetische Kommandantur bestätigt schließlich den Einsatz des parteilosen Dr. Friedrich Bloch am 22.10.1945.

Wie sich die Gegensätze zwischen KPD und SPD wieder entwickeln, wird auch in der Folgezeit deutlich. Mitglieder der SPD stoßen sich am immer stärker artikulierten Führungsanspruch der KPD und den dabei angewandten Methoden. Das führt zu einer Rücknahme der Bestrebungen bei der SPD, die Einheit beider Parteien herzustellen. Dabei reagiert die SPD offensichtlich nicht einheitlich.

Der ZA in Berlin hat neben diesem Problem auch mit dem Widerspruch aus den Westzonen zu kämpfen. Schumacher lehnte von Anbeginn den Einheitskurs ab („Ein auf diktatorischem Wege erkämpfter und behaupteter Sozialismus ist kein Sozialismus, sondern bestenfalls Staatskapitalismus...“). [zitiert nach Plener, „SPD 1945 - 1949“, Dietz 1981, S. 53]

Dr. Brill in Thüringen kann unter den Bedingungen der führenden Rolle der KPD ebenfalls den weiteren Kurs zur Einheitspartei nicht mehr verfolgen. Brills Linie zur sofortigen Verschmelzung beider Parteien beruht im Frühjahr auf der Annahme, die KPD verschwinden zu lassen, zu majorisieren und die eigenen politischen Vorstellungen einer sozialistischen Partei, unabhängig und gegensätzlich zum sowjetischen Muster zu verwirklichen. Den Hintergrund bildete auch mit die Vorstellung von der SPD, sie sei „die stärkste der Parteien“ aus der Weimarer Zeit¹¹ (wenn Schumacher eventuell über die Einheit sprach, konnte er sie sich auch nur als ein Aufgehen der KPD in die SPD vorstellen. Für ihn besaß die SPD den Führungsanspruch).

¹⁰ Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt, BPA, SED Gera, Sign. 11/3/2

¹¹ Hermann Brill in Thüringen ... /Overesch. - Bonn 1992. - S. 390 Die SPD werde „die breite tragende Grundlage für das neue Gebäude“ bilden, die KPD „als geschlossene politische Partei“ beitreten.

Jetzt hatte sich die Situation ins Gegenteil verkehrt.

Im ZA wurde über die Behinderung der SPD geklagt. Zweifellos bevorzugte die SMAD vor allen Parteien die KPD.

Die gemeinsamen ideologischen Positionen brauchen hier nicht besonders erwähnt zu werden. Vorbehalte gegenüber der SPD-Führung, als Agentur des Imperialismus in der Arbeiterbewegung, übten sicher ihre Wirkung aus. Die SMAD, als Organ, welches uneingeschränkt die Regierungsgewalt in ihrer Zone ausübte, bestätigte oder lehnte Personen für bestimmte Funktionen ab. Das war auch in den Westzonen nicht anders. Allerdings mit dem Unterschied, dass man sich zunächst nicht vordergründig entschied eine bestimmte Partei zu unterstützen, als vielmehr einzelne führende Personen. Materielle Unterstützung, gleich in welcher Form (Papier für Zeitungsdruck, Benzin, Transportmittel usw.) gewährte die SMAD im Maße ihrer politischen Interessen.

Einblick in die Situation der damaligen Zeit gibt unter anderem das Rundschreiben Nr. 2 vom 31.10.1945 des SPD Kreisverbandes Gera an seine Ortsgruppen. Dort heißt es unter anderem: „Die SMAD verlangt zweimal im Monat Berichte über Veranstaltungen, Sitzungen, Themen, Vorhaben. Referate sind dem Ortskommandanten schriftlich vorzulegen.“¹²

In dieser Situation bestätigte am 27. und 28.10.1945 der erste Landesparteitag der SPD Thüringen, in Gegenwart von Otto Grotewohl, die Politik zur Herstellung der Einheit der Arbeiterparteien. Allerdings wurde durch einen Zusatz sichtbar, dass über diese Einheit ein Gesamtparteitag (aller Zonen) entscheiden müsse.

Inzwischen hat jedoch die Führung der KPD ihre Linie geändert. Sie hält die Zeit offensichtlich für gekommen, von der Aktionseinheit und Zusammenarbeit zur Schaffung einer Einheitspartei überzugehen.

Am 14.10.1945 spricht Wilhelm Pieck auf einer Funktionärskonferenz in Erfurt.¹³

Anton Ackermann spricht zur gleichen Zeit in Gera vor Funktionären der KPD zum Thema „Einheit der Arbeiterklasse“.

Pieck unterscheidet deutlich zwischen den Arbeitern, Mitgliedern der SPD und deren Führern. Das veranlasst Brill, darin den Versuch zu sehen, die Mitglieder von der Führung zu trennen und die SPD zu zerschlagen.

Am 16.10.1945 spricht Paul Fröhlich für die SPD in Gera und am 03.11.1945 Hermann Brill.

¹² Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt, BPA SED Gera, Sign. 11/3/2

¹³ Auf dem Weg zur SED / Malycha. - Dietz Nachf. Bonn, S. LXIX und Anlage 3

Am 06.11.1945 verfasst Brill, nach einer vorherigen Aussprache des Landesvorstandes, ein Rundschreiben an die Ortsvereine. Anlass sind die Reden von Pieck und Ackermann.

Anders als in den Zeitungsmeldungen von "Tribüne" (SPD-Organ) und "Thüringer Volkszeitung" (KPD-Organ) wird hier Klartext geredet. Die KPD wolle sich durch ihre Demagogie eine Massenbasis verschaffen, die ihr jetzt offensichtlich fehlt.

Die Massen strömen der SPD zu und nicht der KPD. Brill fordert, lediglich Fraktionsgemeinschaften und gemeinsame Funktionärssitzungen zuzulassen. Letzteres stimmt auch mit dem ZA überein. Zentralausschuss und Landesvorstand wollen keine gemeinsamen Veranstaltungen anlässlich der bevorstehenden Revolutionsfeiern.¹⁴

Obwohl Brill Disziplin von den Mitgliedern verlangt, scheint in den Ortsgruppen etwas anderes zu passieren.

In Gera jedenfalls (aber auch in anderen Orten Thüringens) führen KPD und SPD gemeinsame Feiern durch. In der SPD-Zeitung "Tribüne" erscheint ein Bericht zu den Feiern mit der klaren Aussage, der sowjetische Weg ist richtig.

In Berlin spricht Grotewohl anlässlich der Revolutionsfeier der SPD und erklärt, dass die Einheit das Werk und das Ergebnis des sozialistischen und demokratischen Aufbaus sein muss. Laut Overesch hat die SMAD die Verbreitung dieser Rede untersagt, da sie ein Abrücken von der sofortigen Herstellung der Einheitspartei deutlich machte.

Die Stimmung Thüringer Funktionäre der SPD zeigt sich am 26.11.1945 während einer erweiterten Sitzung des Landesvorstandes.

Brill greift die KPD an, die seit Oktober plötzlich in allen Dingen die Führung beanspruche. Dabei spielt die Taktik der KPD eine Rolle, über die Einheitsfront an der Basis zur Einheitspartei zu gelangen. Für Brill ist die KPD keine Massenpartei. Sie würde nach Meinung Brills in einer Partei neuen Typs in der Masse untergehen. Das Zweiparteiensystem in England ist für ihn ein mögliches Vorbild für Deutschland.¹⁵

In der Diskussion spricht auch Max Fuchs aus Gera.¹⁶ Er rückt von den sofortigen Einheitsbestrebungen ab, beklagt sich über die Praktiken der KPD, meint, dass die SPD immer größeres Ansehen genießt, ständig zahlenmäßig stärker als die KPD wird. Gleichzeitig musste er aber auch die hohe Aktivität der KPD bestätigen.

14 ebenda

15 ebenda

16 Max Fuchs Beitrag, veröffentlicht bei Malycha, siehe Anlage 4

Die Hoffnung auf das zahlenmäßige Gewicht stellt sich jedoch immer mehr als fehlerhaft dar.

Zunächst ist im Herbst die Tendenz für die SPD im Lande tatsächlich insgesamt günstig. Zum Jahreswechsel holt die KPD deutlich auf. Von gravierenden Unterschieden kann Anfang 1946 nicht gesprochen werden. (siehe Tabelle Mitgliederbewegung S.12)

	September 1945		Dezember 1945		Februar 1946	
	KPD	SPD	KPD	SPD	KPD	SPD
Groß-Berlin	41000	50000	57000	58000	68400	66300
Mecklenburg-Vorpommern	16200	20000	32000	40000	55000	70000
Provinz Brandenburg	18000	26600	35300	43000	59100	59000
Provinz Sachsen	36600		88300	100000	122600	150000
Sachsen	55200	66800	118900	121300	156300	185000
Thüringen	12000	30000	40800	57400	62000	75000

Tabelle: Mitgliederbewegung¹⁷

Folgt man den bisher bekannten Zahlen für Gera, so stimmte bereits zum Zeitpunkt der Rede von Fuchs diese Aussage nicht. Im November hatte die SPD in Gera 1.541 Mitglieder und etwa zum gleichen Zeitpunkt die KPD 1.450 Mitglieder: In Gera waren aber tatsächlich die Kommunisten bzw. die zur KPD übergetretenen SPD-Mitglieder die aktivsten Elemente, die vor dem Einmarsch der Amerikaner bereits die spätere Arbeit planteten.

Zu diesen Faktoren trat insgesamt die stärkere konzeptionelle Arbeit der KPD, die - gegenüber der SPD - straffere Disziplin und ihr besseres Informationssystem.

Die Sitzung vom 26.1.1945 zeigte auch die Konfrontation zwischen Brill und dem späteren amtierenden Vorsitzenden des Landesverbandes Heinrich Hoffmann.

Hoffmann war bereit, den Weg zur einheitlichen Partei zu gehen und stützte sich dabei unter anderen auf Curt Böhme, den späteren Oberbürgermeister von Gera. Abgesehen von der in dieser Zeit üblichen Zensur der Tageszeitungen gab es in der Gestalt des Chefredakteurs der "Tribüne" Carl Doerr einen Mann, der gewillt war mit der KPD zusammenzuarbeiten und der das auch tat.

Trotz der heftigen Worte des Widerstandes war bereits zum Zeitpunkt der Sitzung des Landesvorstandes der SPD sichtbar, dass sich die Linie Brills nicht verwirklichen ließ. Der ZA in Berlin geriet

¹⁷ Wie der SED entstand / Günter Benser. - Berlin: Dt. Verl. der Wissenschaften, 1986. - S. 20

immer mehr unter Druck der Einheitsbefürworter und deren Gegner innerhalb und außerhalb der Partei.

Die Entwicklung führt schließlich zur ersten "60er Konferenz" von KPD und SPD in Berlin. Statut und Programm der zukünftigen Partei sollen vorbereitet werden. Vorbehalte des ZA sind jedoch noch nicht vom Tisch.

Brill zieht die Konsequenzen, nimmt noch als einziger Sozialdemokrat aus Thüringen an dieser Konferenz teil. Er stimmt den Beschlüssen zu (hat aber bereits am 06.12.45 eine Beraterfunktion für die US-Armee übernommen) und teilt am 29.12.45 offiziell mit, dass er den Landesvorsitz der Partei niederlegt.

Damit beginnen in Thüringen und in Gera die letzten Schritte zur Einheitspartei

Der 05.02.1946 - Weichenstellung in Thüringen

04.01.1946 Der ZA der SPD erklärt, dass eine Vereinigung von unten abgelehnt wird. Die Entscheidung zur Einheit bleibt einem Reichsparteitag vorbehalten.

06.01.1946 Funktionäre der KPD und der SPD aus Thüringen beraten gemeinsam in Weimar und beschließen, die Aktionseinheit auszubauen. Gemeinsame Schulungskurse über die Berliner Beschlüsse werden vereinbart; ebenso gemeinsame Kommissionen beider Parteien zur Herstellung der Einheit.

10.01.1946 Eine Betriebsversammlung der Weberei Bardzki & Oeser. Gera begrüßt die Bestrebungen zur Vereinigung der beiden Parteien.

12.01.1946 Die Belegschaft der Bühnen der Stadt Gera unterstützt die Einheit der zwei Parteien.

13.01.1946 Gemeinsame Funktionärskonferenz der zwei Parteien in Gera. Das Referat hält Fritz Gießner. Die Teilnehmer stimmen für die Einheit. Die Bedenken einiger Mitglieder der SPD (Max Fuchs, Elsa Frey) werden nicht angenommen.

30.01.1946 Die Betriebsgruppen von Schulenburg und Beßler in Gera bilden eine Parteiorganisation.

Februar 1946 Das erste Heft der "Einheit" erscheint mit dem Artikel von Anton Ackermann" über den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus.

Helmut Lehmann, SPD, schreibt zu Problemen der Demokratie.

03.02.1946 Leitungen der KPD und SPD aus Gera beraten gemeinsam und bereiten die Versammlung vom 06.02.1946 vor.

05.02.1946 Gemeinsame Tagung der erweiterten Bezirksleitung Thüringen der KPD und des erweiterten Landesvorstandes der SPD. Überraschender Vorschlag von Hoffmann, SPD, die Vereinigung in Thüringen im April zu vollziehen. Es wird ein einstimmiger Beschluss dazu gefasst.

06.02.1946 2000 Mitglieder der beiden Parteien in Gera stimmen in einer gemeinsamen Versammlung der Einheit zu.

11.02.1946 Die Mehrheit im ZA der SPD beschließt, nach turbulenter Sitzung, die Vereinigung mit der KPD bis zum 01.05.1946 zu vollziehen.

20.02.1946 Kundgebung in Gera mit Wilhelm Pieck - 6000 Teilnehmer.

26.02.1946 Zweite "60er Konferenz" in Berlin über "Grundsätze und Ziele" sowie das Statut der künftigen Partei.

März 1946 28 Betriebsgruppen der Parteien in Gera vollzogen die Vereinigung

Die Ortsgruppe der SPD in Rüdersdorf lehnt jede gemeinsame Arbeit mit der KPD ab.

13.03.1946 Die Ortsgruppe der SPD in Münchenbernsdorf führt eine geheime Abstimmung durch.

Von 41 Genossen stimmen
26 für die Einheit
15 mit "nein".

Für die Vereinigung unter den augenblicklichen Bedingungen stimmen 8 Mitglieder; dagegen 32 Mitglieder.

17.03. bis 24.03.1946 In getrennten Kreiskonferenzen von KPD und SPD in Gera werden die Delegierten Für die Parteitage gewählt.

31.03.1946 Urabstimmung in den Westsektoren von Berlin in der Mitgliedschaft der SPD entgegen den Beschlüssen des ZA.

06.04. bis 07.04.1946 Parteitage in Gotha; Zusammenschluss zur SED

21.04.1946 Vereinigung in Berlin

War bereits Mitte des Jahres der Versuch gescheitert, die Einheit in Thüringen unter der Führung der SPD zu erreichen - oder was Gera betrifft - die KPD als Einheitspartei zu etablieren, so war mit dem Weggang Brills der aktive Widerstand im Landesvorstand der SPD gegen die Einheitspartei beseitigt. Der Kontrahent von Brill, Heinrich Hoffmann übernimmt die Geschäfte des Vorsitzenden der SPD Thüringen.

Nach wie vor - auch nach der ersten "60er Konferenz" - orientiert der ZA auf einen Reichsparteitag der SPD und lehnt die Linie der Führung der KPD ab, die Einheit von unten zu schaffen.

In Gera wird versucht, den Forderungen der KPD-Führung gerecht zu

werden. Davon legen gemeinschaftliche Versammlungen, wie die vom 13.01.194, Zeugnis ab. In Betrieben werden Erklärungen zur Einheit veranlasst.

Zurückhaltung und Misstrauen bleiben jedoch bei der SPD bestehen. Es ist aber auch eine solche Situation entstanden, die zur Entscheidung drängt. Am 24.01. 1946 erklärt Fritz Roth für die KPD Gera in einer Landessekretariatssitzung, "dass vorherrschend die Meinung besteht, konkreter in Fragen der Einheit zu verfahren". Befürchtungen der SPD sind danach vor allem in zwei Richtungen zu sehen. Einmal, dass man nicht in einer neuen kommunistischen Partei aufgehen will, zum anderen müsse man alles tun, um die Angst der Sekretäre, dass sie ihre Stellung verlieren, zu zerstören.

Nach Roth ist die Parteidisziplin in der SPD sehr stark. Deshalb wäre es sehr gut, wenn von "oben" Weichen gestellt würden. ¹⁸

Der Landesvorstand der SPD ist zögerlich. Die Direktiven des ZA untersagen eigenständiges Handeln des Vorstandes. Daran will man sich offensichtlich halten. In der praktischen Arbeit kann man sich aber dem Drängen der Einheitsbefürworter in der eigenen Partei und der Politik der KPD nicht mehr entziehen. Auch die SMATH nimmt Einfluss, der durchaus Druck auf die Landesleitung der SPD genannt werden muss. ¹⁹

Als am 05.02.1946 die Bezirksleitung der KPD und der Landesvorstand der SPD gemeinsam tagen, ist sich wohl Heinrich Hoffmann des "Sitzens zwischen den Stühlen" am stärksten bewusst. Obwohl es in der vorangegangenen Beratung des SPD-Landesvorstandes keinen Beschluss gab, machte Hoffmann überraschend den Vorschlag, die Vereinigung in Thüringen im April zu vollziehen.

Dass Hoffmann die eigenen Genossen überrumpelte, ist bei Overesch²⁰ nachzulesen. Indirekt bestätigt das Eggerath ²¹, der Überraschung selbst bei der SPD beobachtete.

Damit sind die Würfel gefallen, denn der daraufhin gefaßte Beschluss bringt auch den ZA in Bedrängnis. Grotewohl trifft am 08.02.1946 nochmals mit Schumacher zusammen. Ein Reichsparteitag ist nicht möglich. Beide können sich nicht einigen. Am 11.02.1946 tagt dann der ZA der SPD mit den regionalen Vertretern. Nach turbulenter Sitzung - und gegen den Widerstand von Dahrendorf und Klingelhöfer - beschließt die Mehrheit, die Vereinigung bis zum 01.05.1946 zu vollziehen.

In Gera hatten beide Parteien für den 06.02.1946 eine gemeinsame

¹⁸ Hier sinngemäß wiedergegeben; Staatsarchiv Weimar, DPA, II/2-004, LV SPD Thüringen

¹⁹ Gespräch mit Hoffmann zur Jahreswende - siehe Anlage

²⁰ Hermann Brill in Thüringen ... / Overesch. - Bonn, 1992. - S. 403

²¹ Die fröhliche Beichte / Werner Eggerath. - Berlin: Dietz-Verl. 1975. S. 355

Versammlung geplant. 2000 Mitglieder von KPD und SPD hörten hier nun, was am Vortag in Weimar beschlossen wurde. Es folgte eine Veranstaltung am 20.02.1946 mit Wilhelm Pieck in Gera. Circa 6000 Teilnehmer sollen es gewesen sein, die in Gängen und Nebenräumen des Konzertsaal es seine Rede hörten.

28 Betriebsgruppen vereinigen sich bis März in Gera.

Abseits der großen Versammlungen in Gera zeigen sich auch Misstrauen und Unbehagen.

Die Ortsgruppe Münchenbernsdorf scheint dabei besonders von den Vorgängen in Berlin beeinflusst worden zu sein. Sie nimmt die Urabstimmung in Westberlin vorweg. Der Ortsvorsitzende wendet sich am 20.02.1946 in einem Brief an die Leitung der Partei in Gera und klagt über die „diktatorischen Ansichten der KPD im allgemeinen“ und die „radikalistischen, von Drohungen begleiteten Ergüsse des Kommunisten B.... im speziellen“. ²²

In Rüdersdorf lehnt die SPD Ortsgruppe sogar jede gemeinsame Arbeit mit der KPD ab. ²³

Folgt man einem Brief vom 25.03.1946 (siehe Fußnote 24) an die Ortsgruppe der SPD Gera, so muss es auch in anderen Ortsgruppen und Versammlungen heftige Diskussionen gegeben haben.

Die politische konzeptionelle Schwäche der Misstrauischen, der Einheitsgegner, der Zögernden ist aber offensichtlich. Der Widerstand macht sich an Befürchtungen des Übergewichtes der KPD durch ihre Aktivitäten, persönlichen Zwistigkeiten und der Ablehnung des zum Teil diktatorischen Vorgehens fest. Eine klare politische Konzeption, die die Linie der KPD beeinflussen könnte, ist nicht zu erkennen.

Eine direkte Ablehnung der Einheit ist, laut Quellen, kaum vorhanden. Einerseits haben manche Aversionen, andererseits sieht man die Gemeinsamkeiten und ist bestrebt, aus den noch unmittelbar wirkenden Ereignissen von 1933 - 1945 die Lehren zu ziehen. Heute noch lebende Zeitzeugen in Gera erklären fast übereinstimmend diese Einheit als positives Ergebnis, damals und heute. ²⁴

Im April 1946 entsteht - durch einstimmige Beschlüsse der Delegierten zu den Parteitagen in Gotha - in Thüringen die SED.

²² Schreiben an den Ortsvorstand der SPD Gera; Privatarhiv Karl Finken

²³ Mit uns zieht die neue Zeit. - Gera, 1987, S. 35

²⁴ Niederschriften beim Verfasser

Chance für eine neue demokratische sozialistische Partei?

Am Vereinigungsparteitag in Berlin am 21.04.1946 nahmen sieben Delegierte aus Gera teil: Max Fuchs, Else Frey, Karl Kneusel für die SPD; Paul Richter, Fritz Roth, Albert Wetzel und Fritz Gießner für die KPD.

Paritätisch besetzte Leitungen gab es bis 1948. Die Aufhebung der Parität wird oft als das Zeichen angesehen, dass eine Entwicklung zu undemokratischen Organisationsstrukturen und Inhalten einsetzte. Die Parität ist aber - so oder so - immer ein Problem in den Fragen der Leitung einer Organisation. Stärker ins Gewicht fallen andere Fragen: Wer brachte den am besten funktionierenden Organisationsapparat mit und bereitete entsprechende Informationen und Maßnahmen vor? Wer hatte bisher die guten Beziehungen zur Besatzungsmacht und genoss deren Vertrauen? Zweifellos gerieten hier die Funktionäre der SPD ins Hintertreffen.

Entscheidend für die weitere Entwicklung war die beginnende Entfaltung des Feuers zwischen den Alliierten. Richtig wird in einer Veröffentlichung von Podewin ²⁵ darauf verwiesen, dass der Streit in der Berliner SPD um die Einheitspartei für die Besatzungsmächte die Möglichkeit bot, mit Hilfe der jeweiligen deutschen Position einen Stellvertreterkrieg zu führen. Plötzlich hatten Amerikaner und Engländer einen Fuß in der Tür zur sowjetischen Besatzungszone.

Vom 09. bis 11.05.1946 tagt in Hannover der erste Parteitag der SPD der Westzonen. Er findet die denkbar ungeeignetste Antwort mit dem Beschluss zur Bildung des Ostbüros der SPD, um die SPD als eigene Fraktion in der SED zu organisieren. ²⁶ Dass dessen Tätigkeit in der SED bekämpft wurde, war eine logische Entwicklung. ²⁷

Der nach 1946 einsetzende kalte Krieg zwischen den Großmächten zwang die politischen Kräfte in Deutschland zur Bestimmung ihrer Position.

Die SPD in den Westzonen unterstützte die Position der Westalliierten mit einem gewissen taktischen Spielraum. Die SED identifizierte sich voll mit der Sowjetunion.

Am 31.05. und 01.06.1947 formulierte die SPD ihre Auffassung zur Deutschlandpolitik. Unter anderem lehnte sie darin alle gesamtdeutschen Verhandlungen ab, so lange es keine SPD in der Ostzone gäbe. Adenauer nahm den Ball geschickt auf und verweigerte damit leichter Verhandlungen. Die SED wollte jedoch Verhandlungen füh-

²⁵ Vereinigung oder Vereinnahmung? / Podewin. - Berlin: Edition Luisenstadt, 1993

²⁶ Festschrift 125 Jahre Thüringer SPD, S. 45

²⁷ Bonvier/ Schulz "... die SPD aber aufgehört hat zu existieren"; Dietz-Nachf. Bonn 1991 siehe auch Anlage 8

ren, ohne die eigenen Vorstellungen von vornherein aufzugeben. Dazu wurde im September 1947 ihr Deutschlandplan vorgelegt. Für den sozialdemokratischen Einfluss in der SED wurden diese Auseinandersetzungen verhängnisvoll.

Am 29. und 30.06.1948 befasste sich die 11. Tagung des Parteivorstandes der SED mit der Agenten-, Sabotage- und Spionagetätigkeit der Schumacherleute in der sowjetischen Besatzungszone. Der Kampf gegen den Sozialdemokratismus wurde offen in der Partei geführt. Bereits im Dezember 1945 hatte Walter Ulbricht gefordert, die Frage der Einheit mit der Frage der Partei neuen Typus zu verbinden. Folgerichtig forderte das in Thüringen auch sofort der Landesvorsitzende der KPD, Werner Eggerath.

Das 1946 beschlossene Schulungssystem - kurz nach der Vereinigung von der 2. Tagung des Parteivorstandes in Gang gesetzt - führte 1948 zum weiteren Beschluss, systematisch das Studium der Geschichte der KPdSU (kurzer Lehrgang) in den Vordergrund zu stellen. Das führte zu einer verhängnisvollen Ausrichtung der breiten Mitgliedschaft und wurde mit Beschlüssen zur Durchsetzung Leninischer Organisationsprinzipien untermauert.

Ausgerechnet Otto Grotewohl hielt auf der 12. Tagung des Parteivorstandes im Juli 1948 das Referat über die Partei neuen Typus. Für Gera bedeutete das unter anderem, dass ein Kampf gegen die Ideen der berühmten Heimvolkshochschule Tinz geführt wurde und die Träger der Tinzener Tradition abzuschwören hatten oder ins Abseits gestellt wurden.

D. Bauke, der sich mit der Geschichte dieser Schule - und speziell mit einem ihrer wichtigsten Vertreter in Gera, Prof. Jenssen, - beschäftigte, hat in seiner Arbeit zum Lebensbild von Jenssen diese Etappe beleuchtet.²⁸

Der Band IV der Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera, Seite 69 geht auf die Zeit unter anderem mit den Worten ein: "Es gab Hinweise, dass illegale Verbindungen (vom Ostbüro der SPD) nach Gera bestanden ... und auch spalterische Tendenzen spürbar wurden."

Unter den Bedingungen der am Rande eines neuen Krieges streitenden Großmächte, unter dem Einfluss der sowjetischen Besatzungsmacht und ihrer ideologischen Auffassungen zu einer Arbeiterpartei, konnte sich die SED nicht zu einer sozialistischen Partei von neuer Qualität entwickeln.

Es entstand im Verlauf der Entwicklung bis 1950 eine KPD unter anderem Namen. Die Führung der KPD setzte ihre Linie durch.

28 Manuskript zu Otto Jenssen, von Dieter Bauke

Anlagenverzeichnis

1. Auszug aus einem Schreiben Hermann Brills vom 10.07.1945 an die KPD Thüringens
2. Abschrift eines Schriftstückes vom 15.04.1945
Privatarchiv Karl Finken
3. Vereinbarung der KPD und SPD vom 20.07.1945
4. Auszug aus Referat Wilhelm Pieck 14.10.45 in Erfurt
5. Diskussion von Max Fuchs am 26.11.1945 auf der Sitzung des Landesvorstandes der SPD
6. Niederschrift von H. Hoffmann über eine Unterredung mit Mitarbeitern der SMA Thüringen am 31.12.1945
7. "... die SPD aber hat aufgehört zu bestehen", Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung - Auszug
8. Aus dem Referat Fritz Schwagers zur Kreisparteiaktivtagung Gera am 16.12.1950
9. Schreiben von Paul Richter an den Kreisvorstand der SED/PDS vom 22.12.1989 - Auszug

Anlage 1

Auszug aus einem Schreiben Hermann Brills vom 10.07.1945 an die KPD Thüringens

zitiert nach: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung / MALYCHA. - Berlin, 1991

Weimar, den 10. Juli 1945

An die Bezirksleitung Thüringen
der Kommunistischen Partei Deutschlands

Werter Genosse Busse!

In Bestätigung meiner gestern mündlich vorgetragenen Ausführungen teile ich Dir als Stellungnahme des Landesvorstandes und der Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - Bund demokratischer Sozialisten - für Thüringen auf Eure Vorschläge über die Organisation einer politischen Zusammenarbeit folgendes mit:

1. Wir halten es für die wichtigste Frage, daß alsbald konkret auf eine völlige Verschmelzung der sozialistischen Arbeiterbewegung hingearbeitet wird. Deshalb kommt es im Augenblick darauf an, daß alle Maßnahmen, die im einzelnen getroffen werden sollen, auf dieses Ziel ausgerichtet sind. Das Bedürfnis nach einer Überwindung der parteipolitischen Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung ist so tief und so elementar, daß nichts erfolgen darf, was dieses Gefühl in der Arbeiterklasse verletzen könnte. Wir werden deshalb bei dem Zentralauschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der sich außerhalb der Statuten der Partei gebildet hat und den wir deshalb vorläufig nur bedingt anerkennen, anregen, daß alsbald ein Reichsparteitag, wenn das nicht möglich ist, eine Reichskonferenz einberufen wird, der in der Frage der Herstellung der sozialistischen Einheit der Arbeiterbewegung weitgehende Beschlüsse zu fassen hätte.

Unter diesen Gesichtspunkten und Plänen scheinen uns Eure Vorschläge weder praktisch noch organisatorisch für ausreichend.

2. Praktisch schlagen wir vor, daß durch eine Vereinbarung, deren Formulierung eine untergeordnete Frage ist, im Sinne unseres Buchenwalder Manifestes gearbeitet wird. Die Hauptgedanken dieses Manifestes sind...

Anlage 2

Abschrift eines Schriftstückes vom 15.07.1945
StA Gera, F III 36

An die Genossen der Kommunistischen Partei Geras!

Die am 4. Juli in der Ostvorstadt, Turnhalle stattgefundene Sitzung ehemaliger Funktionäre der KPD u. SPD war einberufen worden, um auf Grund des ausgegebenen Materials, der Aufrufe der neugegründeten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei und der zwischen diesen beiden Parteien geschlossenen zentralen Vereinbarungen auch für Gera-Stadt und -Land die Plattform gemeinsamer Arbeit zu schaffen.

Gestützt auf den in der Berliner Vereinbarung zum Ausdruck gebrachten festen Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit beider Parteien und in der Erwartung, dass dieser ehrliche Wille zur Zusammenarbeit unter vollster Anerkennung des Rechtes auf Selbständigkeit der SPD für Gera auch bei den Funktionären der KPD vorhanden ist, haben Funktionäre der SPD diese Sitzung besucht und ihren Willen zu einer Zusammenarbeit auch zum Ausdruck gebracht.

Dass dieser ehrliche Wille keine Anerkennung fand, ja missgedeutet wurde, ist für die Gesamtbewegung bedauerlich, denn unabhängig, dass die Entschließung des Genossen Richter angenommen wurde, besteht die Gefahr, dass eine sogenannte SPD in Gera gegründet wird von Leuten, die nicht das geringste Recht dazu haben und nicht die geringste parteiliche und charakterliche Garantie für eine Zusammenarbeit mit Euch bieten können.

Die Geraer Arbeiterbewegung ist uns zu schade und dürfte es auch Euch sein, die Voraussetzung für die Möglichkeit einer solchen Gründung zu schaffen und deshalb schlagen untenstehende Genossen im Namen weiterer ehemaliger Funktionäre der SPD, Euch vor, sobald als möglich eine Sitzung einzuberufen, um auf der Grundlage der Berliner Richtlinien nochmals in aller Freundschaft und Aufrichtigkeit die Fragen der örtlichen Parteigründung zu besprechen.

Wir schlagen Euch vor, 5 Genossen Eures Vorstandes zu betrauen, die mit ebenfalls 5 Vertretern von uns und zwar den Genossen Janssen, Fuchs, Herzog, Meier und Genossin Frey diese Sitzung bilden. Diese Genossen müssen natürlich das Mandat haben, Beschlüsse auf der Grundlage der Berliner Vereinbarung zu fassen.

Gera, den 15.7.45

im Auftrag der Genossen Janssen, Wetzels, Schmidt, Koch, Herzog,
der Genossinnen Janssen, Frey u.a.

Aktionsvereinbarung der KPD und SPD in Gera vom 20. Juli 1945

Antifaschistische Aktionseinheit

Massenkundgebung der Zehntausend auf dem Marktplatz in Gera – Vereinbarung der Kommunistischen Partei und Sozialdemokratischen Partei

Weimar, 1. August. Am vergangenen Sonnabend fand in Gera auf dem Marktplatz eine erste gemeinsame Kundgebung der antifaschistischen demokratischen Parteien statt. An die 10 000 Männer, Frauen und Jugendliche waren erschienen und lauschten aufmerksam den Ausführungen des Bürgermeisters Fritz Gießner und der Reden der einzelnen Parteien, die eine gründliche Abrechnung mit dem Hitlerregime waren. Die Tausende zollten den Rednern starken Beifall. Mit dem Liede: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ nahm die imposante erste antifaschistische Kundgebung ihr Ende. (Einen ausführlichen Bericht bringen wir an anderer Stelle der Zeitung.)

Diese Kundgebung war ganz von dem Willen zur Herbeiführung der antifaschistischen Einheitsaktion getragen, wie sie in der am 20. Juli 1945 in einer gemeinsamen Sitzung der Kommunistischen Partei und Sozialdemokratischen Partei Geras beschlossenen Vereinbarung zum Ausdruck gebracht wird.

Vereinbarung

Getragen von der Sorge um die Zukunft der Werktätigen und beseelt von dem festen Willen, auf demokratischer Grundlage die gewaltigen Aufgaben, die uns die Naziverbrecher hinterlassen haben, zu lösen, treffen die unterzeichneten Funktionäre der Kommunistischen Partei und Sozialdemokratischen Partei Geras nachstehende Vereinbarung:

1. Beide Parteien bilden aus je fünf Vertretern einen gemeinsamen Ausschuß, der als Ausdruck der Aktionseinheit alle vor der Geraer Arbeiterschaft stehenden Fragen gemeinsam löst.
2. Gemeinsame Vertretungen der politischen Interessen des werktätigen Volkes im Stadt- und Landkreis.
3. Klärung aller ideologischen Fragen nur durch den gemeinsamen Ausschuß.
4. Zusammenwirken auf dem Gebiet der Volksbildung und der Jugendbewegung, der Schulpolitik und der Formung eines antifaschistischen freiheitlichen Geisteslebens.
5. Sicherung der Freiheit der Forschung und des Einflusses sozialistischer Wissenschaft und Pädagogik. Gemeinsame Arbeit zur Förderung der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung und des Sports.
6. Kein Gegeneinanderarbeiten in der Öffentlichkeit, sondern einheitliches und geschlossenes Auftreten und Kampf gegen jeden Saboteur dieser Aktionseinheit.
7. Unbedingte Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen, insbesondere bei Feiern zum 1. Mai, Gedenkfeiern usw.
8. Bildung eines festen Blocks mit den in Gera sich eventuell noch bildenden antifaschistischen, demokratischen Parteien.
9. Gemeinsame Verhandlungen mit dem Kommandanten der russischen Besatzungstruppe, soweit es sich um Angelegenheiten der beiden Parteien handelt.

Die Vertreter beider Parteien bringen ihren unerschütterlichen Willen zum Ausdruck, auf der Grundlage einer notwendigen und guten Zusammenarbeit alles zu tun, um die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen.

Die Arbeiterschaft Geras und Ostthüringens hat durch ihre Aktionseinheit nach der militärischen Niederschlagung des Faschismus bewie-

sen, daß sie ihre Lehren aus der Hitlerdiktatur gezogen hat und daß allein diese Einheit im antifaschistischen Kampf Erfolge verbucht.

Sie wird allen Saboteuren dieser Aktionseinheit das Handwerk legen und damit ihren Teil beitragen an der Herstellung demokratischer Rechte und Freiheiten als Voraussetzung für den Wiederaufbau und die Wiederherstellung normaler Lebensformen, die wir brauchen für den Kampf um unsere gerechte Sache, für die völlige ideologische Vernichtung des Faschismus.

Gera, den 20. Juli 1945.

Für die Kommunistische Partei:

Max Keppel, Hans Goldammer, Fritz Gießner,
Paul Richter, Fritz Roth.

Für die Sozialdemokratische Partei:

Max Fuchs, Otto Jenssen, Albert Meyer,
Else Frey, Willi Herzog.

Anlage 4

Auszüge aus der Rede Wilhelm Piecks am 14.10.1945 in Erfurt
zitiert nach: Der Funktionär

Veränderte Methoden und neue Taktik

Vor uns stehen politische Aufgaben, die wir auf Grund veränderter Methoden mit einer veränderten Taktik durchführen. Es ist klar, daß wir in unserer eigenen Partei anfangen müssen, die Voraussetzungen für eine Durchführung einer solchen Politik zu schaffen. Wir haben uns gebildet in den Tagen des großen Vormarsches der roten Armee, der Niederschlagung der Hitlermacht durch die Rote Armee und die alliierten Truppen. Wir haben uns gebildet, indem die alten Kräfte sich zusammenfanden. Es waren unsere Genossen aus den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen, die sich dort sofort zusammengefunden hatten in der Notgemeinschaft unter dem unerhörten Terror und der täglichen Todesgefahr. Sie kehrten zurück mit der Vorstellung, daß nunmehr die Zeit gekommen sei, mit der Trennung zwischen den Arbeiterparteien Schluß zu machen, jetzt unverzüglich die einheitliche Arbeiterpartei zu schaffen. Dieser Gedanke war durchaus richtig, nur fordert seine Verwirklichung die Schaffung einer Reihe von Voraussetzungen, die nicht in den Konzentrationslagern geschaffen werden konnten, sondern die in der Arbeiterschaft bei der Durchsetzung der großen Aufgaben herbeigeführt werden müssen.

Wir haben deshalb, als nach Befehl von Marschall Shukow die Bildung von Parteien möglich war, auch die Frage

erörtert, ob sofort eine Einheits-Arbeiterpartei möglich sei oder ob nicht erst eine Zeit der ernsten Umstellung in beiden Parteien notwendig ist. Wir haben selbstkritisch ohne weiteres zugegeben, daß auch in unserer Partei noch sehr ernste Lehren gezogen werden müssen aus der Vergangenheit. Aus der unerhörten Strangulierungspolitik, wie sie durch die früheren Regierungen geführt wurde, an der auch Vertreter der Sozialdemokratie beteiligt waren, hat sich innerhalb unserer Partei eine tiefgehende Erregung und der Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei entwickelt, bei der wir nicht verstanden, genügend zu differenzieren zwischen den sozialdemokratischen Arbeitermassen und ihrer Führung. Wir verallgemeinerten zu sehr. Hier hat sich ein so scharfer Gegensatz zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern entwickelt, daß es nicht möglich war, eine für die Not praktische gemeinsame Aktion zu schaffen, die in Anbetracht des Vorstoßes der Reaktion notwendig war.

Das gegenseitige Mißtrauen überwinden!

Im Jahre 1932 konnte es daher geschehen, daß in Preußen, wo Sozialdemokraten von ihrem Posten enthoben oder verhaftet wurden, sich innerhalb der Sozialdemokratie keine Hand rührte zur Verteidigung dieser Position. Daß die SPD unser Angebot ablehnen konnte, ist eben auf Grund des so tief in die sozialdemokratische Arbeiterklasse ein-

noch Anlage 4

gedrungenen Mißtrauens gegen die Kommunisten gekommen. Noch heute spüren wir überall dieses Mißtrauen, ob wir es auch mit dem Vorschlag der Einheit ehrlich meinen oder ob es nur ein taktisches Manöver sei. Umgekehrt ist dieses Bewußtsein, daß es unserer Partei gelingen wird, diese sozialdemokratischen Massen mit uns zu vereinen, bei uns noch nicht vorhanden. Immer wieder tauchen diese alten schlechten Erinnerungen auf. Deshalb setze ich an die Spitze aller Aufgaben, alles zu tun, um das Vertrauen der sozialdemokratischen Arbeiter zu erwerben, selbst unter Zurücksetzung mancher Fragen.

Wir müssen die Kräfte zusammenreißen, um zu verhindern, daß sich ein 1918 nicht wiederholt, daß die Reaktion geschlagen wird und nicht wieder aufstehen kann, daß vor allem die Einheit gesichert wird. Wenn uns das nicht gelingt, werden wir viel von Einheit sprechen, aber sie wird nicht zustandekommen. ...

Sozialdemokratische Feinde der Einheit

Wir haben auch den Einfluß, den die Reaktion auf die werktätigen Massen ausübt, in unsere Rechnung einbezogen, der von der Führung der Sozialdemokraten zum Ausdruck gebracht wird. Ein Partner unseres gemeinsamen Kampfes, der Vorsitzende der SPD, Otto Grotewohl, lieferte in einer Berliner Versammlung den Feinden der Einheitsfront Wasser auf ihre Mühlen. (Pfui!) Man muß ein entschlossener Kämpfer seiner Idee sein, um entgegen allen Stimmungen konsequent seinen Weg zu gehen. (Bravo!) Jeder, der schwankt, der rechts und links schießt, wird den Kampf nicht nur verlieren, er wird das Opfer der Reaktion.

Wir dürfen alle Elemente, die die Entwicklung unserer Zusammenarbeit hindern, die der Förderung der Einheitsfront nicht nützlich sind, nicht aufkommen lassen.

Wir werden ruhig und sachlich feststellen, daß solche Führer der Sozialdemokraten wie Severing oder Noske (Pfui!) nicht wieder aufkommen dürfen. Das dient nicht der Einigung der Arbeiterklasse. Diese Herren stehen nicht und können nicht im Dienste der Einheitsfront stehen. ...

Anlage 5

Diskussionsbeitrag von Max Fuchs, auf der Sitzung des Landesvorstandes der SPD am 26.11.1945
 zitiert nach: Auf dem Weg zur SED / MALYCHA. - Bonn: Dietz-Nachf., . - S. 216,

In einem sind wir uns wohl alle einig: daß die Sympathien der Arbeitermassen auf unserer Seite liegen. Wenn die Schlussfolgerung, die der Genosse Möbus daraus zieht, richtig wäre: daß diese Entwicklung der KPD erstmals zur Auflösung der KPD Führen werde, dann wäre unsere ganze Aussprache über die Einheitsfront unnötig. Dann könnten wir diese Entwicklung ruhig abwarten, bis das letzte Mitglied der KPD zu uns kommt. Aber ich glaube, daß diese Schlussfolgerung falsch ist. Denn diese Entwicklung ist abhängig von den Verhältnissen, über die wir uns eben doch nicht so aussprechen können, wie wir es gerne möchten.

Es stimmt immer noch das, was er Genosse [Heinrich] Hoffmann auf der Konferenz am 11. August [1945] hier gesagt hat: daß wir uns früher in einem Käfig befunden haben, der klein gewesen ist, daß wir uns aber auch jetzt noch in einem Käfig befinden, nur daß dieser Käfig jetzt größer ist. Und von diesem größeren Käfig, Genossen, sind unsere ganzen Maßnahmen abhängig. Wir haben gar keine Möglichkeit, uns zu entfalten, denn daraus entspringen die ganzen Maßnahmen, die ganzen Schikanen der KPD, weil sie wissen, daß die Sympathien der Bevölkerung auf unserer Seite liegen und daß sie verantwortlich gemacht werden für die Dummheiten, die sie auf allen Gebieten begehen.

Die einseitige Handhabung der Gesetze, die im Laufe der Zeit herausgekommen sind: Bereinigung der Wirtschaft, Beschlagnahme der Vermögen, Bodenreform, ich sage: die einseitige Handhabung dieser Gesetze, das alles kommt ja auf das Konto der KPD, weil ja die Kommunisten in dieser Beziehung am aktivsten sind. Und weil sie eine breitere Plattform für ihre Entlastung brauchen, deshalb versuchen sie, den Einheitsgedanken durchzuführen und uns die Belastung mit aufzuerlegen. Das ist meines Erachtens der eine Beweggrund der KPD. Sie wollen nicht mehr. Sie wissen genau, daß sie für die Dummheiten, die sie machen, verantwortlich gemacht werden, und deshalb wollen sie uns in den Kreis der Verantwortung mit hineinziehen. Das dürfen wir unter keinen Umständen dulden. Deshalb wird der Gedanke der Einheitsfront, so schön er ist, von heute auf morgen nicht durchzuführen sein. Wir brauchen ihn durchaus nicht, sondern wir können auf unserem Wege weiter gehen, ganz gleich, welchen Maßnahmen wir ausgesetzt sind und welche Drangsalierungen und welche Schikanen wir noch zu erdulden haben.

...

Anlage 6

Niederschrift von Heinrich Hoffmann über eine Unterredung mit Mitarbeitern der SMA Thüringen am 31.12.1945

zitiert nach: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. - Berlin, 1991. - S. 355 ff

... Nachdem wieder 25 Minuten Wartezeit vergangen waren, wurde ich von dem Herrn Major Rubenko empfangen. In Gegenwart des Hauptmann P[owolowski] und weiterer 2 Offiziere entspann sich dann die gleiche Form des Fragens und des Antwortens. Selbst der von mir gewählte Vergleich [Michail I.] Kalinin - [Jossif O.] Stalin, (der immerhin sehr gewagt war), brachte den Major nicht davon ab, daß der L[andes]v[orstand].

1. nicht befugt sei, selbstherrlich einen Genossen, der nicht dem L[andes]v[orstand] angehöre, mit der Führung der Geschäfte zu betrauen. Der L[andes]v[orstand] sei auf dem Landes-Parteitag demokratisch gewählt und könne daher nur aus eigener Mitte einen Ersatz für den ausgeschiedenen Dr. [Hermann] Brill stellen.
2. Der Vorsitzende der Kontrollkommission solle seine Funktion behalten. Er könne sich aber nicht selbst kontrollieren.
3. Die SMA würde es gerne sehen, wenn eine junge Kraft mit modernen Anschauungen die Leitung der Partei übernehmen würde.

Schließlich wollte er noch wissen, wer den Vorschlag gemacht habe, August Frölich an die Stelle von Dr. [Hermann] Brill zu bestellen. Wahrheitsgemäß habe ich gesagt, daß der Vorschlag zwar von den Genossen [Gustav] Brack und [Curt] Böhme gekommen, aber von uns einstimmig beschlossen sei.

Major Babenko wollte von mir wissen, welche Meinung ich von August Frölich hätte. Als ich unter anderem auch den Ausdruck gebrauchte, August Frölich genösse bei allen, bei Freund und Feind, das beste Ansehen, schaltete der Major [sich] mit entsprechender Miene ein. Auch beim Feind? Worauf ich sagte: Jawohl, wegen der Lauterkeit seines Charakters und der Ehrlichkeit seiner Gesinnung und seiner unbedingten Wahrheitsliebe.

Es folgten dann die gleichen Fragen nach Dr. [Hermann] Brill wie bei dem Hauptmann P[owolowski], die ich in gleicher Weise beantwortet habe. Nun kam noch eine lange Verhandlung wegen der Zusammenarbeit mit der KPD in Thüringen und meiner Meinung über die Berliner Beschlüsse vom 20./21.12.[1945], er verlangte von mir:

1. Eine Resolution, die eine Zustimmung zu den Berliner Beschlüssen, eine Widerrufung des Rundschreibens Nr. 18, eine Verurteilung des Verhaltens Dr. [Hermann] Brills enthalten und eine Bereitschaft zur engsten Zusammenarbeit mit der KPD enthalten müsse.
2. Einen Artikel von mir, in welchem ich:
 - a) besonders die Doppelzüngigkeit Dr. [Hermann] Brills scharf geißeln und ihn als Saboteur der Einheitsbestrebungen demaskieren solle, indem ich das Rundschreiben Nr. 18 und die Berliner Beschlüsse, die seine Unterschrift trügen, gegenüberstellen müßte.
 - b) Die Notwendigkeit einer baldigen organisatorischen Vereinigung von SPD und KPD wegen des Kampfes gegen den Faschismus begründen solle.

Anlage 7

Interview mit HM - Auszug

zitiert nach: "... die SPD aber hat aufgehört zu bestehen", Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung. - Bonn 1991

M. H. [Name wurde von den Herausgebern nur in dieser Form erwähnt] geb. 1900, Sozialistische Arbeiterjugend, 1919 SPD, ab 1933 illegale Tätigkeit, verurteilt, 1945 SPD, Mitglied des SPD-Bezirkssekretariats in Magdeburg, Redakteur, 1946 SED, Parteihochschule "Karl Marx", 1948 Flucht nach West-Berlin, 1952 bei einer Kontaktaufnahme in der DDR verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit in Workuta verurteilt, freigekauft.

[...]

Ich bin dann Anfang Februar 1946 nach Hannover gegangen und habe das Ostbüro der SPD aufgebaut. Die Anfänge waren natürlich primitiv. Das war mehr eine gewissermaßen Flüchtlingsanlaufstelle und Versorgungsstelle als ein "Ostbüro" Das konnte auch gar nicht anders sein; denn als die Vereinigung sich drüben vollzog, gab es hier offiziell noch keine SPD. Das heißt, es gab sie genauso, wie es sie in der SBZ auch gegeben hat, aber sie war noch nicht zugelassen. Es gab nur das "Büro Schumacher". In diesem Büro Schumacher war ich einer der ersten Mitarbeiter. Ich bekam ein Zimmer und eine Schreibkraft, und dann lief das an. Die Leute flüchteten von drüben. Ich habe innerhalb kurzer Zeit über 360 politischen Flüchtlingen Zuzugsgenehmigungen, Arbeitserlaubnis, Lebensmittelmarken, Wohnraum usw. beschaffen müssen. Da bin ich dauernd als Wohlfahrtsorganisation auf Achse gewesen.

[...]

Ich selbst bin wiederholt durch den Braunschweiger Kohlenbergbau von drüben nach hier und umgekehrt gebracht worden. Wir haben manchen Kurier da durchgeschleust. Das haben die Lokomotivführer gemacht, die haben uns z. B. in ihren Wassertanks versteckt. Das ging also dann nicht mehr. Da habe ich angeregt, die transportablen alten Wehrmachtssender, die hatten die Besatzungstreitkräfte, dafür zu nutzen. So stand z. B. einer in der Nähe von Hannover. Ich brauchte solch einen Sender, der fahrbar ist und das entsprechende Personal dazu. Damit konnte man an die Grenze fahren, heute in Helmstedt, morgen in Duderstadt und übermorgen in Kassel sein usw. und immer wieder senden. Das war möglicherweise der Vorläufer, gewissermaßen die Idee für RIAS Berlin. Das haben die Amerikaner ja dann auch gemacht. Aus der Erfahrung der Illegalität während der Nazizeit war ich der Meinung, man kann nicht den Leuten in der SBZ Flügblätter schicken. Man kann dort auch keine Zellen bilden.

noch Anlage 7

Der Informationsfluß kommt ganz von selbst, wenn du da einen Sender stehen hast und die Leute regelmäßig über das informiert werden, was du weißt. Dann wird über Verwandte, Freunde und auf allen möglichen Wegen der Informationsfluß in Gang gehalten.

Ziel war also beiderseitige Information und natürlich auch gewissermaßen die Vorbereitung für die Organisation. Denn obwohl ich der Meinung war, daß die Russen das Glacis freiwillig nicht wieder aufgeben, mußte man - meinte ich - den Kontakt nach drüben, auch als Partei, aufrechterhalten. Es konnte ja vielleicht sein, daß es einmal eine Vereinbarung zwischen den vier Besatzungsmächten gab: Es sollte ja nach dem Potsdamer Abkommen zu einer Wiedervereinigung kommen. Und für politische Entscheidungen in diesem Land hier, für die Regierung usw., war wichtig zu wissen: Wie entwickelt sich beispielsweise die Verwaltung in Dresden, welche Prinzipien herrschen da, welches sind die maßgeblichen Leute? Man muß doch alles wissen, man muß doch informiert sein über diese Leute. Wen hat man selbst dort verfügbar, wen kann man nicht gebrauchen? Man muß die Zuverlässigkeit der Leute testen. Alles das war der Zweck.

[...]

Anlage 8

Aus dem Referat Fritz Schwagers zur Kreisparteiaktivtagung Gera
am 16.12.1950
StA Gera, F III 36

[...]

Denken wir nur an die alten Sozialdemokraten und Kommunisten, wo viele 1945 dort stehen geblieben sind, wo sie 1933 aufhörten.

Auch in Gera gab es sehr sehr viele alte Genossinnen und Genossen, die in ihrer politischen Einstellung und Arbeit stehengeblieben sind. Denken wir dabei an einen Theoretiker der Geraer Arbeiterbewegung, den Genossen Prof. Jossen, der ja einer dieses Ideengutes war, welches dazu beigetragen hat zur Vertiefung der Spaltung der Arbeiterbewegung in Deutschland. Dadurch wurde die Arbeiterklasse abgehalten, daß sie sich einer revolutionären Partei, der kommunistischen Partei, zuwendete und den Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse führte.

Die Diskussionen, die wir in den letzten Monaten mit dem Genossen Jossen und jenen, die der Tinzler Tradition angehörten, führten, haben gezeigt, daß ein großer Teil, einschließlich des Gen. Jossen, bis zum heutigen Tag noch nicht erkannt haben die verheerende und verräterische Rolle der Tinzler Schule.

[...]

Anlage 9

Schreiben von Paul Richter an den Kreisvorstand der SED/PDS vom
22.12.1989 - Auszug
StA Gera, III F 36

[...]

Ich bin heute 85 Jahre alt. Im Jahre 1923 - von der soz. Jugend (SAJ) kommend, in die SPD in Gera eingetreten. Meine verstorbene Frau Anne Ri. kam 1924 in Gera zur SPD! Ich war von Beruf Teppichweber, kam als SAJ-Funktionär aufs Parteibüro der SPD u. arbeitete mit Gen. Curt Böhme (später OB in Gera!) zusammen, 1928 sechs Monate Schüler der "Heimvolkshochschule Gera-Tinz", ab 1930 "Volontär" der SOD beim Bezirksvorstand Großthüringen der Partei in Weimar, dann ebenfalls als "Volontär" beim Parteivorstand zentral (Bildungsabtg. unter Gen. Weimann) und anschließend im Bezirksvorstand Leipzig. Von da aus sollte ich Unterbezirkssekretär in Roschütz b. Leipzig werden. Durch telef. Anruf aus Weimar (Todesfall!) mußte ich zurück in Gera als Unterbezirkssekretär Gera-Land. Dort blieb ich bis 1931. Dann wurde ich in der gleichen Eigenschaft nach Südthüringen (Sitz Meiningen) versetzt. Dieser wohl größte Unterbezirk in Thüringen reichte vom Kreis Eisenach bis Kreis Sonneberg, einschließlich der preussischen Enklaven Suhl u. Schmalkalden. Dort blieb ich bis zum Parteiverbot der SPD bis zum Juni 1933. Da ich in Südthüringen keine Arbeit als Teppichweber fand, siedelte ich zurück nach meiner Heimatstadt Gera.

In Gera schloß ich mich sofort der illegalen antifaschistischen sozialistischen Organisation "Junge Marxisten - Neu Beginnen" an. In ihr waren meine ehemaligen Jugendfreunde, oppositionelle Mitglieder der SPD, ausgeschlossene SPD-Funktionäre, Jungsozialisten und ehemalige SAJ-Mitglieder illegal beisammen. Ich übernahm eine illegale 4er-Gruppe in meinem Elternhaus (siehe "Neubeginnen" im Sachwörterbuch Geschichte, Bd. 2, S. 169).

Den Kurier "Dr. Arnold" (illegal) lernte ich in einer Zusammenkunft in der Gartenlaube meiner Schwiegereltern "auf dem Fuchsberg" in Gera-West kennen. Der Sitz "Neu Beginnen" war damals in London. Ich kam in die illegale Leitung unter den Gen. Greidinger, Schöneburg, Wetzels, Roth u. Rudolph (alle ehemalige SPD!).

Ich wurde Kurier für Jena und Weimar. Wir wurden nach der Verhaftung von Greidinger, Schöneburg u. Wetzels die 2. illegale Leitung unter Gen. Fritz Roth, ehem. "Kinderfreunde". Es kam Walter Schaub (SPD) hinzu. Wir waren mit der illegalen KPD, KPD-Jugend, KPD-Opposition (genannte KP-Null), illegal im "Antifa-Ausschuß" verbunden. Dieser Antifa-Ausschuß übernahm 1945 nach Sturz des Faschismus die Macht in Gera.

[...]

noch Anlage 9

Wir damaligen Mitglieder der SPD haben die Veeinigung mit der KPD “von unten” ohne Druck von oben durchgeführt. Wir haben den historischen Händedruck von Otto Grotewohl u. Wilhelm Pieck im damaligen “Admiralspalast” in Berlin als Augenzeugen miterlebt und mitbeschlossen! Es blieb keine SPD Restgruppe in der damaligen “Ostzone” übrig. Die einzige “Oppositionelle” aus Gera, Frau Else Frey, stimmte mit uns für die Vereinigung. Sie sagte immer in Gera: “Die Vereinigung kommt mir etwas zu früh!”

Ich erinnere mich noch als ehemaliger Unterbezirkssekretär für Süd-Thüringen (Sitz Meiningen) vor dem Verbot von KPD und SPD im Frühjahr 1933 einer gemeinsamen Kundgebung vor dem Suhler Rathaus (von einem ausgesapnnten Pferdefuhrwerk herab) für die Einheit, gegen den Faschismus, für den Generalstreik!

[...]